

Kleine Anfrage

Gesundheitsreform in Liechtenstein 2.0

Frage von Landtagsabgeordneter Mario Wohlwend

Antwort von Regierungsrat Manuel Frick

Frage vom 04. Dezember 2024

Die Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) werden im Jahr 2024 um 6,7 Prozent und im Jahr 2025 um durchschnittlich 4,4 Prozent steigen, wobei einzelne Kassen sogar Erhöhungen von bis zu 17,7 Prozent ausweisen. Diese Entwicklung ist auf Faktoren wie Mengenausweitung, hohe Medikamentenkosten und demografische Veränderungen zurückzuführen. Einen grossen Hebel sieht die FBP laut dem «Vaterland»-Beitrag dieser Woche in grossen Präventionsprogrammen. Um die Krankenkassenprämien zu stabilisieren, sollen Versorgungs- und Tarifmodelle gefördert werden, die Anreize zur Kostensenkung beinhalten. Im Oktober 2022 wurde die Motion der VU-Fraktion zur Gesundheitsreform noch abgelehnt.

Die neue Efas-Vorlage aus der Schweiz, die eine einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen fordert, könnte als Grundlage für notwendige Reformen in Liechtenstein dienen. In der Langzeitpflege erfolgt der Systemwechsel 2032 in der Schweiz. Voraussetzung für Efas in der Langzeitpflege sind einheitliche Tarife, die erst ausgehandelt werden müssen.

Derzeit besteht ein Tarifkonflikt zwischen der Ärztekammer und dem Krankenkassenverband, der ab 2025 einen tariflosen Zustand bedeuten könnte, was die medizinische Versorgung gefährden würde.

- * Welche konkreten Massnahmen plant die Regierung, um den Prämienanstieg in der OKP für das Jahr 2026 zu dämpfen und die Gesundheitskosten nachhaltig zu beeinflussen?
- * Wie und wann will das Gesundheitsministerium die dringend notwendige Einigung im Tarifkonflikt zwischen Ärztekammer und Krankenkassenverband herbeiführen, bevor ab 2025 ein tarifloser Zustand eintritt?
- * Welche Rolle werden Präventionsprogramme in zukünftigen Gesundheitsreformen spielen?
- * Wie stellt das Gesundheitsministerium sicher, dass die Umsetzung des Efas-Gesetzes allenfalls in Liechtenstein eine gerechte und transparente Kostenverteilung im Gesundheitswesen fördert?
- * Welche konkreten Schritte wird das Gesundheitsministerium setzen, um die Sorgen der Bevölkerung bezüglich des Gesundheitssystems zu relativieren und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten?

Antwort vom 06. Dezember 2024

zu Frage 1:

Wie bereits mehrfach berichtet, werden insbesondere Massnahmen im Bereich des Leistungskataloges, die Weiterentwicklung von Gesundheitsberufen, die Überarbeitung der Bedarfsplanung sowie der mögliche Einsatz neuer Versorgungsmodelle geprüft.

zu Frage 2:

Nachdem sich die Ärztekammer und der Krankenkassenverband nicht auf einen Tarif einigen konnten, ist die Regierung gefordert, einen Taxpunktwert mit Verordnung festzulegen. Dabei sind die Tarifgrundsätze der betriebswirtschaftlichen Bemessung und der Wirtschaftlichkeit sowie die Standpunkte aller Interessensgruppen zu berücksichtigen. Dem Regierungsentscheid kann nicht vorgegriffen werden.

zu Frage 3:

Die Prävention hat ohne Zweifel einen hohen Stellenwert in der Gesundheitspolitik. Sie zielt darauf ab, die Gesundheit der Bevölkerung zu fördern und das Risiko von Krankheiten zu verringern. Welche Rolle Präventionsprogramme in zukünftige Gesundheitsreformen spielen werden, kann die Regierung aus heutiger Perspektive nicht beantworten.

zu Frage 4:

Die Regierung wird die Auswirkungen und möglichen Vorteile eines Nachvollzugs der jüngsten Schweizer KVG-Änderung zur einheitlichen Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen (Efas) in Liechtenstein eingehend prüfen. Auf dieser Grundlage wird die Regierung und in weiterer Folge der Landtag über eine allfällige Einführung des neuen Finanzierungssystems bis 2028 zu entscheiden haben.

zu Frage 5:

Die Regierung nimmt die Sorgen der Bevölkerung sehr ernst. Zu den möglichen Massnahmen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.